

Protokoll Nr. 4 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Dienstag, 02.05.2017
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:10 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Meinen, Regina

GfE-Fraktion

Kruse, Detlef
Kruse, Doris

CDU-Fraktion

Kronshagen, Heinrich
Ringena, Hermann Dr.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Marsal, Andrea

FDP-Fraktion

Mälzer, Frank

Fraktion DIE LINKE.

Raveling, Wilhelm

Beratende Mitglieder

Geerken, Rainer
Hempel, Rainer

Holle, Stefanie
Kandziora, Marianne
Kröger-Vodde, Erasmus

Kunstreich, Jasmin Christina

Malanowski, Jörn

Müller-Goldenstedt, Peter-Florian

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst

von der Verwaltung

Grendel, Volker
Snakker, Kerstin

Vertreter des DGB

Vertreter des Sozialpsychiatrischen Verbundes

Vertreterin des Caritasverbandes Ostfriesland

Vertreterin des Seniorenbeirates

Vertreter des evangelisch-lutherischen Kirchenkreises Emden-Leer

Vertreterin des Kreisverbandes Emden der AWO

Vertreter des Beirates für Menschen mit Teilhabeeinschränkungen

Vertreter der ev.-ref. Gemeinde Emden

Erster Stadtrat

Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 02.05.2017

Protokollführung

Jetses, Karin

Gäste

Züchner, Christian

Beirat für Menschen mit Teilhabeneinschränkung
in der Stadt Emden, zu TOP 7

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau E. Meyer bittet um Erweiterung der Tagesordnung um TOP 4.1 „Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3)“. Dem wird zugestimmt.

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 08.03.2017

Beschluss: Das Protokoll Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 08.03.2017 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 4.1 Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

Frau E. Meyer nimmt die Verpflichtung des beratenden Mitglieds Jasmin Christina Kunstreich gemäß § 54 (3) NKomVG vor.

Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 02.05.2017

BESCHLUSSVORLAGEN

TOP 5 Bezuschussung des AWO-Beratungszentrums bei häuslicher Gewalt;
Antrag AWO Kreisverband Emden e. V. vom 28.02.2017 (Eingang 01.04.2017)
Vorlage: 17/0291

Herr Grendel erinnert in obiger Sache an den umfangreichen Vortrag von Frau Horn-Wulfke „Vom Frauenhaus zum Beratungszentrum“; der auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 19.01.2017 in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 08.03.2017 gehalten worden sei. Der Fachausschuss hätte erfahren, wie belastet die Einrichtung derzeit sei. Es sei erkannt worden, dass es neue Bedarfe in diesem Bereich gebe:

Zum einen benötige das Frauenhaus für die migrations- und integrationspolitischen Inhalte bezüglich der größeren Anzahl von Kindern einen Ausbau in der Erziehungskapazität. Dies würde dadurch gewährleistet, indem der jährliche Maximalzuschuss an das Frauenhaus um 12.000 €, die hierfür bereitgestellt werden müssten, erhöht würde. Dies sei zunächst dauerhaft angelehnt. Wenn die Stadt Emden allerdings erkenne, dass die Bedarfe irgendwann in der Zukunft nicht mehr beständen, könnte der Ansatz wieder reduziert werden. Wenn die Bedarfe noch größer würden, müsste man den Zuschuss ggf. noch einmal erhöhen. Außerdem wolle die Stadt Emden im Rahmen dieses Projektes zwei Inhalte neu etablieren:

- a) die Ausweitung der Täterberatung und
- b) das Angebot einer Paarberatung.

Fraglich sei, ob die Täter oder die Paare bereit seien, das Angebot anzunehmen. Dies möchte die Stadt Emden jetzt ausprobieren und möglichst schnell ein bis zum 31.12.2018 befristetes Projekt auf den Weg bringen. Für dieses Projekt benötige der FB 500 jährlich 18.000 €. Er kündigt einen entsprechenden Erfahrungsbericht hierzu für Mitte 2018 im Fachausschuss an. Es könnte dann gemeinsam beraten werden, ob die Bedarfe vorhanden seien und ob und in welcher Form das Projekt weitergeführt werden solle.

Für das laufende Haushaltsjahr müssten die Kosten aus den bereits genehmigten Mitteln des Haushaltes bestritten werden. Im neuen Jahr würde dies in die Haushaltsplanung für das Jahr 2018 mit aufgenommen.

Herr Kronshagen möchte wissen, ob das neue Projekt etwas mit dem Täter-Opfer-Ausgleich der VHS zu tun habe. **Herr Grendel** verneint dies. Bei dem neuen Projekt ginge es um die Frauen, die innerhalb einer Beziehung Gewalt erfahren hätten. Es würde das Paar gemeinsam an der Beratung teilnehmen. Als Alternative könnte auch mit dem Täter allein eine Beratung durchgeführt werden. Es sei eine spezifisch auf die Belange des Frauenhauses zugeschnittene Beratungsleistung.

Frau Marsal erklärt, als Bewährungshelferin begrüße sie es, dass die Täterberatung mehr in den Fokus komme und ihre Klienten zukünftig eine Anlaufstelle hätten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der o. g. Vorlage zustimmen.

Frau Meinen spricht sich im Namen der SPD-Fraktion ebenfalls für die o. g. Vorlage aus. Sie befürworte, dass das Projekt zunächst auf 1 ½ Jahre begrenzt werde, um zu schauen, wie die Täter sich auf die Paarberatung einließen. Sie wünsche den Menschen, die die Gespräche führten, viel Kraft auf diesem Wege.

Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 02.05.2017

Herr Kruse unterstützt den o. g Antrag im Namen der GfE-Fraktion ebenfalls. Bezüglich der zeitlichen Begrenzung schließt er sich den Worten von Frau Meinen an. Dass mit der Paarberatung „dem Täter“ die Möglichkeit gegeben werde, seine Sichtweise darzustellen, begrüße er.

Herr Geerken verweist auf die Gewalt, die von Frauen auf ihre Partner ausgeübt werde. Er möchte wissen, ob diesem Umstand ebenfalls Rechnung getragen werde. **Herr Grendel** bestätigt dies. Das Frauenhaus bringe zwar keine Männer unter, die durch ihre Frauen Gewalt erfahren hätten, aber die Paar- und Täterberatung würden den Frauen, die selbst Gewalt ausübten, auch offenstehen. In Emden gäbe es diese Konstellation bisher in einem sehr geringen Umfang.

Herr Raveling erklärt, DIE LINKE unterstütze die o. g. Vorlage ebenfalls.

Beschluss:

1. Der jährliche Maximalzuschuss an das Frauenhaus wird zur Finanzierung der Personalkosten einer Erzieherin von bislang 160.000 € auf 172.000 € erhöht.
2. Des Weiteren werden für die Ausweitung der Täter – und dem Aufbau einer Paarberatung in der BISS-Beratungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt unter dem neuen Gesamtkonzept „Beratungszentrum bei häuslicher Gewalt“ Personal- und Sachkosten in Höhe von jährlich 18.000 € für ein zu evaluierendes Pilotprojekt befristet bis zum 31.12.2018 bereitgestellt.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Rahmenvereinbarung über die Durchführung der ambulanten Begleitung und Assistenz im Bereich Wohnen in Emden
Vorlage: 17/0281

Frau Snakker erläutert ausführlich die o. g. Vorlage. Dabei geht sie näher auf die juristisch notwendigen Anpassungen an den Landesrahmenplan ein.

Frau Meinen erklärt, sie könne merken, dass die o. g. Rahmenvereinbarung gewachsen sei. Sie bedankt sich dafür, dass der Rat in der o.g. Sache auf dem Laufenden gehalten werde und verweist auf die zahlreichen Personen, die an der Rahmenvereinbarung mitgearbeitet hätten.

Frau Snakker erinnert daran, dass die Leistungsvereinbarung mit Ablauf des 31.12.2019 ende. Die Verwaltung werde im Jahre 2019 in die Verhandlungen wieder einsteigen müssen, um Sachen, die im Laufe der nächsten zwei Jahre auffielen, nicht im Tagesgeschäft untergehen zu lassen. Die Verwaltung sei hier in einem fortlaufenden Prozess. **Herr Grendel** fügt hin, dies bedeute nicht, dass in jeder zukünftigen Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales eine entsprechende Vorlage beraten würde. Die heutige Vorlage beinhalte den Abgleich zwischen dem Ratsbeschluss am 22.02.2017 und der am 30.03.2017 von Vertretern der Leistungserbringer, einem Vertreter des Beirats für Menschen mit Teilhabebeeinträchtigung, einer Vertreterin des Sozialpsychiatrischen Dienstes und Herrn Bornemann gemeinsam unterzeichneten Leistungsvereinbarung. Was jetzt an Problemen auflaure, würde in der Arbeitsgruppe verarbeitet und bei der nächsten Evaluierung im Ausschuss für Gesundheit und Soziales vorge-

Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 02.05.2017

stellt; es sei denn, die Probleme seien so durchgreifend, dass früher hierüber im Fachausschuss berichtet werden müsste.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Bericht aus dem 1. Teilhabeforum des Beirats für Menschen mit Teilhabeeinschränkung in der Stadt Emden am 20.09.16
Vorlage: 17/0282

Herr Malanowski und **Herr Züchner** stellen zunächst sich selber und dann ausführlich die Ergebnisse des o. g. Teilhabeforums vor. Der mündliche Bericht der beiden Herren und die Präsentation werden dem Protokoll der o. g. Sitzung als Anlage 1 und 2 angehängt.

Herr Götze meint, seines Erachtens sei von Seiten des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) die Situation für die RollstuhlfahrerInnen inzwischen stark verbessert worden, z. B. durch die Höherlegung der Bushaltestellen. Lediglich bei den Anrufsammeltaxen gäbe es noch Probleme, aber es gäbe Taxinunternehmen, wie z. B. die Fa. Elmenhorst, die über entsprechende Fahrzeuge für Menschen mit Teilhabeeinschränkungen verfügten. **Herr Malanowski** erwidert, der Beirat hätte diesbezüglich bereits mit den Stadtwerken Emden GmbH Kontakt aufgenommen. Leider sei von dort bisher keine Rückmeldung erfolgt. Nach seiner Kenntnis sei eine Inbetriebnahme der entsprechenden Fahrzeuge noch nicht vorgesehen.

Er geht auf die Probleme der Menschen mit geistigen Behinderungen näher ein, die sich bisher einfach an die Bushaltestelle gestellt hätten, weil sie wüssten, dass innerhalb von 20 Minuten ein Bus eintreffe, der sie an ihr Ziel bringe. Für diese Personen sei es ein Problem, über ein Anruf-Sammeltaxi den Stand- und Zielort zu nennen. Ein Wunsch des Beirates sei es, mit der Hochschule Emden/Leer eine nutzerorientierte App zu entwickeln. Bisher sei die Resonanz allerdings sehr gering. **Herr Götze** meint, vielleicht gäbe es in anderen Städten solche Apps schon. **Herr Malanowski** erwidert, es gäbe für Taxen unzählige geeignete Apps. Diese müssten dann nur auf die Stadt Emden angepasst werden.

Herr Kruse bedankt sich für den eindrucksvollen Vortrag. Da nicht alle von Herrn Züchner und Herrn Malanowski vorgetragene Punkte sofort umgesetzt werden könnten, möchte er wissen, ob im Beirat eine Prioritätenliste erstellt worden sei. **Herr Züchner** antwortet, der Beirat hätte zunächst die Punkte herausortet, für die der Bund, das Land oder Drittanbieter zuständig seien. Hierauf hätte der Beirat keine Einflussmöglichkeiten. Als Schwerpunktthemen hätten sich

- a) die ÖPNV-Beförderung und
- b) der barrierefreie Wohnungsbau

herauskristallisiert. Es sei inzwischen ein Kontakt zur Gewoba Emden mbH aufgenommen worden. Der Beirat werde diesbezüglich auf jeden Fall „am Ball bleiben“.

Herr Malanowski verweist auf ein Gespräch mit Herrn Grendel, FB-Leiter 500, der sich bereit erklärt hätte, konkrete Dinge mit auf die „To-do-Liste“ aufzunehmen und dies als Vermittler in der Stadt Emden weiterzugeben. Es ginge hierbei um kleinere Probleme, die schnell abzustellen seien.

Ihm sei klar, dass nicht von heute auf morgen ein barrierefreier Wohnraum zur Verfügung gestellt werden könnte. Hierfür seien größere Entscheidungen zu treffen. Dies betreffe auch andere Bereiche, wie z. B. die Schulen. Es gäbe viele Themen, die heute noch nicht explizit vorgestellt worden seien, die aber über einen Teilhabeplan nach und nach abgearbeitet werden könnten.

Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 02.05.2017

ten. **Herr Grendel** meint, es ginge nicht darum, sofort alles abzuarbeiten. Er möchte aber ein paar kleine Ausblicke in die Richtung geben: Zu den von Herrn Züchner oben genannten Schwerpunktthemen weist er darauf hin, dass der ÖPNV weiter nachgehalten werden müsse.

Bezüglich des bezahlbaren barrierefreien Wohnraums hoffe die Verwaltung, die jetzige Situation noch positiv verändern zu können. Er geht auf den Demografiewandel ein, auf den die Stadt Emden sich einstellen müsse.

Die Erstellung eines Teilhabepfandes sei möglich. Hierfür müsste die Verwaltung allerdings andere Personenkreise, wie z. B. Migrantinnen und Migranten oder Seniorinnen und Senioren, in das Projekt mit einbeziehen. Er verweist auf die zuständigen Beiräte für die beiden genannten Personenkreise. Dass die Stadt Emden drei konstituierte Beiräte habe, die alle Informationen bekämen, sei bereits eine Besonderheit. Dies sei bei weitem nicht in allen Städten der Fall.

Er lobt die geleistete Arbeit des Teilhabeforums. Sie gäbe der Stadt Emden ein gutes Input, welches von der Verwaltung Stück für Stück verarbeitet werden müsse.

Herr Kronshagen erklärt, seine Fraktion würde die Angelegenheit sehr gerne beraten. Es wäre daher schön, wenn sie den Vortrag zugeschickt bekäme. Er weist darauf hin, dass auch Seniorinnen und Senioren auf barrierefreien Wohnraum angewiesen sein. In den Mietshäusern, die über einen Fahrstuhl verfügten bzw. barrierefrei seien, sei der Wohnraum in der Regel nicht bezahlbar. Z. B. müssten für die Wohnungen Am Delft, Am Südbahnhof oder Am Roten Siel weit über 1000 € Miete/Monat gezahlt werden.

Frau Meinen schließt sich den Ausführungen ihrer Vorredner an. Sie wünsche dem Beirat viel Kraft für die Durchsetzung ihrer Vorhaben. Die SPD-Fraktion werde den o. g. Beirat auch gerne in ihre Fraktion einladen, um die einzelnen Punkte noch einmal durchzugehen.

Frau Kandziora ist der Meinung, dass die von Herrn Züchner und Herrn Malanowski geäußerten Interessen auch den Seniorenbeirat betreffen würden. Sie schlage daher eine gemeinsame Sitzung der beiden Beiräte, an der auch der Verwaltungsvorstand teilnehmen sollte, vor.

Herr Kruse schließt sich bezüglich der Zusendung der Unterlagen den Ausführungen von Herrn Kronshagen an. Die GfE-Fraktion würde Herrn Züchner und Herrn Malanowski ebenfalls gerne in ihre Fraktion einladen.

Herrn Dr. Ringena interessiert, welche Kirchen barrierefrei besucht werden könnten. **Herr Züchner** antwortet, nicht alle Kirchengebäude seien barrierefrei. Teilweise hätten Umbauten stattgefunden: Es seien Eingangsstufen entfernt und Rampen gebaut worden, aber zur Barrierefreiheit gehöre z. B. auch, dass eine Person mit Teilhabeeinschränkungen allein in ein Kirchengebäude hineinkomme. Hierfür sei z. B. eine Elektrotür erforderlich. Barrierefreie Toiletten gäbe es seines Wissens nur in der frisch renovierten Neuen Kirche. In den anderen Kirchen befänden sich die Toiletten meist in den Kellerräumen.

Herr Ringena fragt nach, ob die Kirchen sich den Menschen mit Teilhabeeinschränkungen gegenüber Mühe gäben, zu helfen. Ansonsten würden diese Menschen von festlichen Veranstaltungen, wie Trauungen, Beisetzungen, Weihnachtsandachten usw. ausgeschlossen. Dies wäre traurig. **Herr Grendel** erwidert, natürlich seien auch die Kirchen gefordert, eine Barrierefreiheit soweit wie möglich herzustellen. Man dürfe aber nicht verkennen, dass viele alte Kirchen Bau- und Denkmäler seien. Es könne dort nicht ohne weiteres gehandelt werden. Oft werde darum gerungen, welches Recht höherwertig sei. Ob es der Verwaltung gelinge, überall eine Barrierefreiheit einzurichten, bezweifle er. Er sei aber guten Mutes, in der Sache ein großes Stück voranzukommen.

Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 02.05.2017

Bezüglich der Einrichtung einer App verweist er auf eine von den Stadtwerken Emden GmbH initiierte App (Emden Digital GmbH), die sich noch in der Entwicklung befinde. Er arbeite in dieser Arbeitsgruppe mit und werde die von Herrn Züchner und Herrn Malanowski geäußerten Probleme dort anbringen. Als Ansprechpartnerin bei der Stadt Emden nennt er

Frau Sabine Hilbers, FD Sozialhilfe, Gebäude III, Zi. 128, Tel. 04921/87-1755

Herr Mälzer geht auf die Ausführungen von Herrn Kronshagen ein. Er möchte wissen, ob es die Möglichkeit gebe, Zuschüsse für die Schaffung barrierefreien Wohnraums für Menschen mit Teilhabeeinschränkungen zu erhalten. **Herr Grendel** antwortet, Treppenlifte, Hilfseinrichtungen in Bestandsgebäuden würden bezuschusst. Dies müsste aber im Einzelfall geprüft werden.

In dem Prozess der Wohnraumsanierung im Stadtteil Barenburg würde versucht, die Erdgeschosswohnungen barrierefrei zugänglich einzurichten. Diese Wohnungen wären dann auch nicht zu teuer.

Für die Etablierung von Fahrstühlen müssten komplette Wohnungen umgebaut, die Geometrie geändert werden usw. Es würde dadurch Wohnraum verloren gehen und die Mieten würden dadurch steigen. Nichtsdestotrotz sei dies ein Problem der Zukunft. Damit hätten größere Städte noch sehr viel mehr zu kämpfen als die Stadt Emden. Hierfür werde die Verwaltung Konzepte finden müssen. **Frau Holle** bittet darum, den Arbeitsbereich der Menschen mit Teilhabeeinschränkungen auch in diese Problematik mit einzubeziehen.

Herr Götz erwidert, die UN-Behindertenkonvention habe die Aufgabe, die Menschen für den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Hierzu gehörten auch die ArbeitgeberInnen, die bereit sein müssten, entsprechende Vorrichtungen vorzuhalten. Menschen mit einer Teilhabeeinschränkung würden teilweise auch von den Berufsgenossenschaften unterstützt, damit sie ihren Arbeitsplatz behalten könnten. Wichtig sei, das Geplante auch umzusetzen.

In den Schulen sei die Stadt Emden so weit, dass die Kinder und Jugendlichen mit Teilhabeeinschränkungen vernünftig am Schulleben teilhaben könnten. Es müsste aber noch eine ganze Menge gemacht werden, damit am Ende für Menschen mit Teilhabeeinschränkung der erste Arbeitsmarkt möglich sein werde. Die größte Teilhabe sei, direkt und überall im Leben dabei sein zu können. Dies sei die wichtigste Aufgabe, die man in der Gesellschaft noch vor sich habe. **Herr Grendel** empfiehlt, sich den u. a. im Internet verfügbaren Aktionsplan „Inklusion“ anzuschauen. Dort sei aufgeführt, wie viele Maßnahmen die Kommunen und das Land durchführten und wer das Ganze finanziere.

Herr Malanowski stellt klar, es gehe zum einen um die physischen Barrieren der Menschen mit Teilhabeeinschränkung. Es gäbe aber auch Barrieren, die z. B. mit Bewusstsein und Handhabe zu tun hätten. Als Beispiel nennt er die elektrisch Tür des Verwaltungsgebäudes II, die bisher zu keiner Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales freigeschaltet worden sei. Er müsse dann jedes Mal warten, bis jemand käme, der ihm die Tür aufhalte. Diese Selbstverständlichkeit gelte nicht nur für die elektrische Tür, sondern für viele andere Lebensbereiche auch.

Frau E. Meyer ist aufgefallen, dass es in dem Vortrag von Herrn Züchner und Herrn Malanowski um viele kleine Probleme gegangen sei, die eigentlich schnell beseitigt werden könnten und für die Menschen mit Teilhabeeinschränkungen eine große Hilfe darstellten. **Herr Grendel** entgegnet, er wolle dies nicht abtun, aber oft würden die vielen kleine Probleme plötzlich ganz groß. So könnte z. B. eine einfache Bordabsenkung zu einer Überschwemmung führen, weil es sich hierbei um eine Wasserkante gehandelt habe, die den nächsten Gully versorgte. Um die Bordabsenkung zu erhalten, hätte die Regenentwässerung geändert bzw. ein zweiter Gully ge-

Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 02.05.2017

setzt werden müssen. Er schlage daher die Erstellung einer Liste vor, mit der überprüft werden könne, was wirklich mit kleinen Maßnahmen schnell zu erledigen sei. Die größeren Probleme müssten dann bei nächster Gelegenheit bearbeitet werden. Z. B. würde sich eine Bordabsenkung bei einer gleichzeitigen Straßensanierung anbieten. Er weist darauf hin, dass die städtischen Ressourcen sinnvoll eingesetzt werden müssten.

Herr Züchner informiert, dass

am Mittwoch, den 31.05.2017, um 18.00 Uhr, im VHS-Forum

von der Hochschule Emden/Leer in Zusammenarbeit mit der VHS und dem Beirat für Menschen mit Teilhabeeinschränkung ein 45-minütiger Dokumentarfilm mit dem Titel „Love, Sex and Rock'n-Rollstuhl“ gezeigt werde. Hierzu möchte er den Ausschuss für Gesundheit und Soziales herzlich einladen. Der Film erzähle vom Leben mit Behinderung und Sehnsucht nach Liebe und Sexualität. Die Filmemacherinnen Susanna Wüstneck und Wiebke Hendeß sowie eine der vier Protagonistinnen ständen anschließend für Fragen zu dem o. g. Film bereit. Der Eintritt sei frei.

Frau E. Meyer bedankt sich bei Herrn Züchner und Herrn Malanowski für den informativen Vortrag.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 8 Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV;
Antrag der Fraktion Die Linke vom 14.03.2017
Vorlage: 17/0292

Herr Raveling erläutert den o. g. Antrag der Fraktion Die Linke. Das dort aufgeführte Sozialticket solle kostenlos sein. **Herr Grendel** entgegnet, die Fraktion Die Linke hätte die Einführung eines kostenreduzierten Sozialtickets beantragt, welches der im Antrag aufgeführte Kreis von Anspruchsberechtigten diskriminierungsfrei in einem möglichst einfachen Verfahren erwerben könne und welches sich an dem im Regelsatz für Hartz IV vorgesehene Beträge für Verkehr (27,50 €) orientiere. Das Ziel der Stadt Emden dagegen sei, ihren sozialschwachen BürgerInnen ein Ticket anzubieten, welches unterhalb des Regelsatzniveaus liege. Biete die Stadt Emden dagegen ein Sozialticket ergänzend zum normalen Tarif an, befürchte sie eine Stigmatisierung dieses Personenkreises (z. B. indem die Anspruchsberechtigten einen roten und keinen blauen Fahrschein erhielten).

Herr Geerken erklärt, die Gewerkschaften würden grundsätzlich den Antrag der Linken begrüßen. Er bitte aber darum, diesen Personenkreis nicht „sozialschwach“ sondern „einkommensschwach“ zu nennen. Der Begriff „sozialschwach“ sei irreführend. **Herr Grendel** akzeptiert die von Herrn Geerken benannte Formulierung. Eine Stigmatisierung dieser Personengruppe sollte auf jeden Fall vermieden werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 02.05.2017

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Bildungskonferenz am Samstag, den 06.05.2017

Herr Grendel erinnert die Fraktionen an den Erhalt der Einladung zu der o. g. Bildungskonferenz. Es gäbe ca. 100 TeilnehmerInnen, die sich zu acht Themenkreisen in 18 Workshops beteiligen würden. Man versuche, dort auch Themen im Bereich Bildung, wie z. B. das Zusammenwirken, die Netzwerkstrukturen, die Aufgaben für die Zukunft usw.) zu beleuchten und zu einer strategischen Zielsetzung zu kommen. Er hoffe, es werde eine gute Veranstaltung.

TOP 10 Anfragen

1. Suchtgefährdung und -prävention

Herr Dr. Ringena erinnert an den Vortrag der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention Drobs, Frau Held, in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 08.03.2017. Da es unterschiedliche Auffassungen zu dem o. g. Thema gäbe, schlägt er vor, die Diakonie in Emden ebenfalls in den Fachausschuss einzuladen. Die Diakonie, Herr Strehler oder Herr Sanders, wäre gerne bereit, im Ausschuss für Gesundheit und Soziales vorzutragen. **Herr Grendel** sagt eine entsprechende Absprache mit der Institution zu.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.